

## Abschrift

Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1199, D-1086 Berlin

Ich will heute das im Jahre 1963 angefertigte Gedicht  
"Der deutsche Soldat", das ich aus persönlicher Verärgerung  
über die Maßnahmen vom 13.8.1961 anfertigte, soweit  
es mir in Erinnerung ist, niederschreiben. Es entspricht  
der ursprünglichen Länge und beinhaltet den gleichen Sinn.

### Der deutsche Soldat

Stramm steht der deutsche Soldat,  
stramm vor dem Arbeiterstaat;  
er hält für den Sozialismus wacht  
mit dem Gewehr in der Hand bei Tag und Nacht!  
Der brave deutsche Soldat!

Von vielen Regierungen  
wurdest du ans Gewehr gezwungen,  
schon viele Feinde schoßest du nieder,  
aber noch nie deine eigenen Brüder!  
Du braver deutscher Soldat!

Wach auf du deutscher Soldat  
und lege die neue Saat,  
führe wieder freie Wahlen ein  
und frei werden wir wieder sein.  
Du braver deutscher Soldat!

Mittwoch, den 4. Oktober 1967  
gez. Werner Wagner

F. O. R. 3/A.  
Halle, den 5.10.67

Halle (S), den 17. 10. 1967 95  
Beginn der Vernehmung: 8.00 Uhr  
Ende der Vernehmung: 17.00 Uhr  
unterbrochen: 12.00 - 13.00 Uhr  
Br  
5 Ex /2. Ausf.

Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1199, D-1086 Berlin

## Vernehmungsprotokoll

### des Beschuldigten

W a g n e r, Werner  
geb. am 11. 8. 1948 in Wolfen  
Beruf: Kinderarzt  
zuletzt Schüler an der Erweiterten  
Oberschule in Bitterfeld  
wh.: Wolfen, Kr. Bitterfeld Lortzingstr. 42

Frage: Sie werden heute nochmals zu dem von  
Ihnen in Ihren bisherigen Vernehmungen genannten Statut der so-  
genannten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" vernommen.  
Wann fertigten Sie das Statut an?

Antw.: Soweit ich mich erinnern kann, fertigte  
ich das Statut der sogenannten "Progressiven Deutschen Freiheits-  
partei" im Oktober 1965, als ich die 11. Klasse der Erweiterten Ober-  
schule in Bitterfeld besuchte. An den genauen Zeitpunkt kann ich mich  
nicht entsinnen.

Frage: Aus welchen Gründen fertigten Sie dieses  
Statut an?

Antw.: Als Schüler der 11. Klasse hatte ich im  
Zeitraum von September bis Dezember 1965 den Wunsch, einmal Diplo-  
mat zu werden und mich mit Politik zu befassen. In diesem Zusammen-  
hang machte ich mir über mein späteres Wirken als Politiker Ge-  
danken und kam zu dem Entschluß, eine Partei nach meinen Vorstel-  
lungen und politischen Anschauungen zu gründen. Aus diesem Grunde  
fertigte ich im Oktober 1965 das Statut an.

Werner Wagner

Frage: Wo und unter welchen Umständen fertigten Sie diesen Statut an?

Antw.: Das Statut der sogenannten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" fertigte ich in meinem Zimmer in meiner elterlichen Wohnung an. Mir hat bei der Anfertigung des Statuts niemand geholfen und das Statut ist das Ergebnis logischer Überlegungen meinerseits, die damals auf dem Wunsch basierten, Politiker zu werden und eine Partei zu gründen.

Frage: Auf welcher Grundlage stellten Sie das Statut her?

Antw.: Da ich keine konkreten Vorstellungen über den Aufbau des Statuts einer Partei besaß, nahm ich das mir gebührende Statut der FDJ zu Hilfe und informierte mich über dessen Inhalt. Als ich somit den Aufbau eines Statuts kennenlernte, legte ich in gleicher Form, natürlich mit meinen Ideen und politischen Anschauungen, handschriftlich in einem DIN A4 Heft das Statut der sogenannten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" nieder.

Frage: Welche Ereignisse oder Umstände waren Anlaß zur Anfertigung des Statuts für die von Ihnen genannte "Progressive Deutsche Freiheitspartei"?

Antw.: Für die Anfertigung des Statuts der von mir geplanten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei", waren keine besonderen Ereignisse ausschlaggebend. Nur auf einen Umstand möchte ich verweisen. Anfang des 11. Schuljahres werden die Schüler von den Lehrern angeregt, sich Gedanken über ihre zukünftige berufliche Entwicklung zu machen. Damals hatte ich den Wunsch, wie ich schon aus sagte, Diplomat und somit Politiker zu werden. Durch ein Gespräch mit dem Direktor der Erweiterten Oberschule in Bitterfeld erfuhr ich von der Möglichkeit, ein Direktstudium als Diplomat aufzunehmen und ich war deshalb sofort begeistert und vertiefte mich intensiv in meinen Wunsch. So kam es und, daß ich mir Gedanken über meine politische Einstellung, über meine Vorstellungen und mein zukünftiges Wirken als Diplomat machte. Auf diese Art und Weise und nicht anders, kam das von mir gefertigte Statut der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" zu stande.

Frage: Warum nannten Sie die von Ihnen geplante Partei - "Progressive Deutsche Freiheitspartei"?

Antw.: Über den Namen der von mir geplanten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei", habe ich mir sehr viel Ge-

Werner Wagner

danken gemacht und bin erst nach reiflicher Überlegung auf diese Bezeichnung gekommen. Ich wollte mit einer derartigen Benennung der Partei erreichen, daß man schon vom Namen der Partei auf ihre Ziele und ihren Charakter schließen kann, um so viel wie möglich Anklang unter breiten Bevölkerungskreisen zu finden.

Das Wort "progressiv" soll ausdrücken, daß es sich um die fortschrittlichste Partei auf deutschen Boden handelt, die den rechtsradikalen Kurs der westdeutschen CDU und den meiner Meinung nach linksradikalen Kurs der SED ablehnt und die erste Partei überhaupt darstellt, die die intellektuellen Deutschlands, die bisher vereinselt wirkten, sammelt, vereinigt und mit ihnen den "wahren Sozialismus" aufbaut. Mit dem Wort "progressiv" will ich weiter ausdrücken, daß diese Partei ein Programm und ein Ziel aufweist, daß sich weitgehend von dem meiner Ansicht nach, starren und antiwestlichen Kurs der SED unterscheidet. Den Begriff "Deutsche" nahm ich deshalb mit auf, um auszudrücken, daß es sich um eine deutsche Partei handelt, die sich zum Ziel gesetzt hat, beide deutsche Staaten zu vereinen und in einem einigen Deutschland zu wirken.

Das Wort "Freiheitspartei" sollte symbolisieren, daß sich die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" dafür einsetzt und dafür kämpft, daß ein Staat entsteht, in dem das Wort "Freiheit" nicht nur ein Begriff ist. Ziel der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" sollte es sein, daß Deutschland frei wird von äußeren Einflüssen, ich meine damit die Ausschaltung der meines Erachtens bestehenden Bevormundung der DDR durch die Sowjetunion und die Bevormundung von Westdeutschland durch die Vereinigten Staaten von Amerika.

Ich vertrete auch den Standpunkt, daß man den Künstlern eine freie politische Haltung ermöglichen muß und von ihnen nicht, wie es meiner Einsichtnahme auf dem 11. Plenum der SED der Fall war, in ihren Worten Parteilichkeit im Sinne der SED fordert.

Die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" sollte nach ihrer Gründung in der DDR, in Westdeutschland und später in einem einigen Deutschland "Freiheit" für alle Menschen bilden, was heute, so schätze ich es ein, weder in Westdeutschland noch bei uns in der DDR der Fall ist. Ich vertrete den Standpunkt, daß Ziel und Programm der SED inhaltlich nicht ausreichen, um den "wahren Sozialismus" zu begründen, was die Aufgabe der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" sein sollte, und aus diesem Grunde fertigte ich auch im Oktober 1965 das Statut für eine solche Partei.

Werner Wagner



Frage: Was wissen Sie über das Programm und die Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands?

Antw.: Im Staatsbürgerkunde- und Geschichtsunterricht der Erweiterten Oberschule bekam ich die Ziele und das Programm der SED gelehrt. Außerdem habe ich mich selbst mit den Materialien des VI. Parteitage der SED befaßt, weil ich stets über das Weltgeschehen informiert sein wollte. Mir ist bekannt, daß das Hauptziel der SED darin besteht, eine konsequente Friedenspolitik zu betreiben. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sagt in ihrem Programm, daß es ohne gesicherten Frieden keine Überwindung der Spaltung Deutschlands gibt und das deshalb die Erhaltung des Friedens eine der wesentlichsten und überhaupt die vorrangigste Aufgabe ist. Sie strebt eine Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten an, weil sie die geeignetste Form der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten darstellt. Die SED strebt eine Zusammenarbeit Westdeutschlands mit der DDR auf gleichberechtigter Basis an. Es werden Schritte und Wege gesucht, um zu einer Zusammenarbeit auf den Gebieten des Sports, der Kultur, der Wissenschaft und des Handels zu finden. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands fordert die Schaffung demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland, erhebt die Forderung, daß Westberlin eine frei antiliterarisierte Stadt wird und wendet sich gegen die Bonner Störmanöver. Um zur Wiedervereinigung zu gelangen unterbreitet die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands den Vorschlag, daß Westdeutschland und die DDR aus den beiden Militärbündnissen austreten und eine Erklärung abgeben, daß sie auf Gewaltanwendung und die Verfügung über Atomwaffen verzichten. Mehr ist mir im Augenblick über die Ziele und das Programm der SED nicht bekannt.

Frage: Warum beabsichtigten Sie trotz Kenntnis des Programmes und der Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine Partei mit dem Namen "Progressive Deutsche Freiheitspartei" zu gründen?

Antw.: Ich vertrete den Standpunkt, daß das Programm der SED bezüglich der sozialistischen Entwicklung in der DDR und auch hauptsächlich in Bezug auf die Lösung der Nationalen Frage in Deutschland gesehen, gut und auch richtig ist, aber daß bei weitem viel zu wenig getan wird, die Ziele der Sozialistischen Einheitspartei zu realisieren. Damit meine ich besonders die Initiative der SED bezüglich der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Mir sind die

Werner Wagner

Vorschläge, wie das 7-Punkte-Programm und die Briefe des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR an den Bonner Kanzler bekannt, die meiner Meinung nach zu starr und antiwestlich gehalten waren, so daß es von vornherein klar sein mußte, daß diese Vorschläge kein Gehör finden. Ich will damit nicht ausdrücken, daß die Vorschläge keinen ernsten Charakter trugen, sondern durchaus guten Willens gewesen sein können. Ich bin aber der Meinung, daß man den starren antiwestlichen Kurs ablegen muß und von seiten der SED dem westdeutschen Staat einige Zugeständnisse gemacht werden müssen. Damit würde man ganz offensichtlich zeigen, daß man guten Willens ist. Aus diesem Grunde, weil mir der gegenwärtige Kurs der SED zu starr und antidemokratisch erscheint, hatte ich geplant die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" zu gründen und diesbezüglich und das entsprechende und vorliegende Statut für diese Partei angefertigt.

Frage: Wie gelangten Sie zu der Einsicht, daß die Vorschläge der DDR zu starr und antiwestlich gestellt waren?

Antw.: Ich habe die Vorschläge der DDR-Regierung an den westdeutschen Staat in unserer Presse verfolgt und tiefgründig gelesen und versucht, mich in die Lage eines westdeutschen Politikers zu versetzen. Dabei gelangte ich zu der Ansicht, daß die Vorschläge der DDR bezüglich einer Annäherung beider deutscher Staaten von der westdeutschen Regierung zu viele Zugeständnisse verlangten, so daß sie für die westdeutschen Politiker unannehmbar waren. Aus diesem Grunde bezeichne ich diese Vorschläge als zu starr und zu antiwestlich.

Frage: Welche konkreten Kenntnisse haben Sie über die Vorschläge der Regierung der DDR bezüglich der Lösung der Nationalen Frage in Deutschland?

Antw.: Mir ist bekannt, daß man in den DDR-Vorschlägen die Anerkennung der DDR als rechtmäßigen deutschen Staat fordert, von Westdeutschland den Verzicht auf Atomwaffen erreichen will, die Anerkennung der Oder-Neiße-Friedensgrenze propagiert und den Verzicht auf gegenseitige Gewaltanwendung vorschlägt. In welchen einzelnen Vorschlägen diese Probleme behandelt werden, ist mir nicht bekannt, aber ich glaube, daß in jedem der Vorschläge diese Probleme die Grundgedanken waren und sein werden. Konkrete Kenntnis über die Vorschläge der DDR an den westdeutschen Staat habe ich gegenwärtig nicht.

Frage: Warum erscheinen Ihnen die von Ihnen angeführten Vorschläge der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den westdeutschen Staat als zu starr und antiwestlich gehalten?

Werner Wagner

Antw.: Diese von mir angeführten Vorschläge stellen meines Erachtens nur Forderungen an die westdeutsche Regierung dar. Ich bin der Meinung, daß man von Westdeutschland nur immer verlangt, aber nicht dazu bereit sei, selbst Zugeständnisse zu machen. Ich denke da speziell an die von Westdeutschland propagierte Erfüllung von Grundproblemen bezüglich der Annäherung beider deutscher Staaten. So verlangt die westdeutsche Regierung zum Beispiel die Normalisierung des Besucherverkehrs und Ähnlich mehr, was mir aber nicht in Erinnerung ist. Die SED geht jedoch meines Wissens auf diese Probleme nicht ein und beharrt auf ihren Forderungen. Diese Forderungen der SED sind nicht unbegründet, weil sie der Realität entsprechen. Aber es wird, wie ich einschätze vergessen, daß Westdeutschland ein imperialistischer Staat ist und diese Realitäten, wie zum Beispiel die Existenz eines zweiten deutschen Staates und das objektive Bestehen der Oder-Neiße-Friedensgrenze, nie anerkennen wird. Weil die SED aber auf diesen Fragen gegenüber Westdeutschland beharrt und ihre Politik, wie ich es sehe nicht variabel gestaltet, bezeichne ich diesen Kurs der SED als starr und antiwestlich. Andere Erklärungen habe ich dafür nicht.

Frage: Wer erhielt Kenntnis von Ihrem Statut der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei?"

Antw.: Ich glaube, es war im Oktober 1963, als ich meinem Freund

W. H. [Name] w.h.: in Zörbig/Kr. Bitterfeld, L. [Name].  
jetzt: Student an der Landwirtschaftl. Fakultät der Universität Halle

von dem Inhalt des Statuts der von mir geplanten Partei Kenntnis gab. Wie mir jetzt einfällt, habe ich auch das von mir gefertigte Gedicht, in dem ich die Maßnahmen der Regierung der DDR vom 13. 8. 1961 herabwürdigte, zu einem mir nicht mehr genau bekannten Zeitpunkt, ich glaube aber es war im Jahre 1963, ebenfalls meinem Freund H. gezeigt.

Frage: Warum haben Sie Ihrem Freund W. H. das von Ihnen gefertigte Statut der sogenannten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" gezeigt?

Antw.: Mich verband und verbindet eine Freundschaft zu W. H. und ich hatte zu ihm Vertrauen. Ich war

damals davon überzeugt, daß es möglich ist, die Gründung der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" in der DDR vorzunehmen. Zu diesem Zweck brauchte ich aber geistig hochentwickelte Menschen, also Intellektuelle. Da ich von W. H. wußte, daß er die gleiche Einstellung zu diesen Problemen, wie ich sie schon ausführlich erläuterte, besitzt, wollte ich von ihm sein Urteil zum Statut und der geplanten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" hören. Ich wollte feststellen, ob er bereit ist, mit mir meine Ideen und Vorstellungen weiter zu verwirklichen. Darin bestand das Ziel und der Zweck, weshalb ich meinem Freund von dem Statut der Partei Kenntnis gab. Andere Erklärungen habe ich dazu nicht zu machen.

Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst gelesen.  
Sein Inhalt entspricht den von mir gemachten Aussagen.  
Meine Worte sind darin richtig wiedergegeben.

- Feldweibel -

W. H. Wagner

Halle (S), den 19. 10. 1967  
Beginn der Vernehmung: 8.30 Uhr  
Ende der Vernehmung: 17.00 Uhr  
unterbrechen: 12.30 - 13.00 Uhr  
Br

4 Ex / 2. Ausf.

Der Rundfunkauftrag für die  
Unterlagen des Staatssekretariats  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1199, D-1000 Berlin

### Vernehmungsprotokoll

des Beschuldigten

W a g n e r, Werner  
geb. am 11. 8. 1948 in Wolfen  
Beruf: Rindersüchter  
zuletzt Schüler an der Erweiterten  
Oberschule in Bitterfeld

Frage: Was haben Sie bisher unternommen,  
um Ihre Darstellungen von Ihrer zukünftigen politischen Ent-  
wicklung zu verwirklichen?

Antw.: Im Oktober 1963, der genaue Zeitpunkt  
ist mir nicht in Erinnerung, habe ich das Statut der von mir ge-  
planten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" ausgearbeitet, um  
die nötige Grundlage für diese Partei zu haben. Außerdem habe ich  
auch eine Verwirklichung meiner politischen Ideen und Vorstellungen  
mit dem Vorhaben erreichen wollen, die DDR illegal nach Österreich  
zu verlegen.

Frage: Welchen Inhalt hat das von Ihnen ge-  
fertigte Statut der sogenannten "Progressiven Deutschen Freiheits-  
partei"?

Antw.: Im Statut meiner geplanten Partei habe  
ich kurz den Charakter und das große Ziel meiner Partei, wie ich es  
schon zu Protokoll gab, schriftlich festgehalten. Außerdem habe ich  
die nachstehenden Punkte darin aufgeführt, welche die "Progressive  
Deutsche Freiheitspartei" verwirklichen soll und die ich mit Hilfe  
des mir vorliegenden, von mir selbst gefertigten Statuts, zu Proto-  
koll gebe.

1. schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten
2. Beseitigung des antifaschistischen Schutzwalls

Werner Wagner

- 2 -

der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik 111  
Postfach 1199, D-1000 Berlin

3. Erlangung der Presse und Meinungsfreiheit
4. eine rechtmäßige von allen Bürgern frei gewählte  
Volksvertretung als oberstes Machtorgan Deutschlands
5. Absetzung aller Kräfte in der Regierung und sonstigen  
Ämtern, die nicht die Interessen des Volkes vertreten
6. die Kündigung aller für die DDR nachteiligen Handels-  
verträge und Abkommen
7. Aufhebung der Wehrpflicht
8. Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit
9. Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland
10. freiwilliger Verzicht auf die ehemaligen deutschen  
Ostgebiete in Polen, CSSR und der UdSSR
11. Reformen für Industrie, Handel, Landwirtschaft und  
Erziehungs- und Bildungswesen
12. eine Preisreform aller Produkte
13. jeder Bürger hat das Recht auf Ausübung einer Religion.

Soweit mir in Erinnerung ist, sind die von mir aufgeführten Punkte  
der volle Inhalt des Statuts der "Progressiven Deutschen Freiheits-  
partei". Weitere Punkte hatte ich nicht vorgesehen.

Frage: Was ist der Charakter und das Ziel  
der von Ihnen geplanten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei"?

Antw.: Die "Progressive Deutsche Freiheits-  
partei" sollte eine Partei sein, die hauptsächlich die Intellektuellen  
Deutschlands in sich vereint. Das Hauptziel der von mir geplanten  
Partei sollte sein, das deutsche Volk ohne militärische Gewalt zu  
vereinen und in ganz Deutschland den "wahren" Sozialismus begründen.

Frage: Was verstehen Sie unter dem Begriff  
"wahrer" Sozialismus?

Antw.: Unter "wahren" Sozialismus verstehe  
ich, daß das Volk die Errungenschaften des Sozialismus zugute kommen,  
und daß es freie Wahlen und einen unbeschränkten Reiseverkehr für  
alle Bürger des Landes gibt. Die Produktionsmittel sind in der mir  
vorgestellten Gesellschaftsform des "wahren" Sozialismus nicht mehr  
Volkseigentum, sondern Staatseigentum, und der Staat befindet sich  
nicht mehr in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit.  
Die Lösung aller der in dem von mir gefertigten Statut schriftlich  
niedergelegten Aufgaben durch die "Progressive Deutsche Freiheits-  
partei" wäre die Verwirklichung des "wahren" Sozialismus nach meinen  
Vorstellungen.

Frage: In das von Ihnen gefertigte Partei-

Werner Wagner



statut haben Sie als ersten Punkt die "schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten" aufgenommen. Was veranlaßte Sie dazu?

Antwort: Wie ich schon aussagte, sollte eine der Hauptaufgaben meiner geplanten Partei sein, die beiden deutschen Staaten wieder zu vereinigen. Von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird meiner Ansicht nach nicht genügend getan, um eine schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten zu erreichen. Aus diesem Grunde, habe ich als ersten Punkt "die schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten" mit in das von mir gefertigte Parteistatut aufgenommen.

Frage: Was verstehen Sie unter einer schrittweisen Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten?

Antwort: Unter einer schrittweisen Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten verstehe ich gutwillige Versuche, um die bestehenden Spannungen zwischen beiden deutschen Staaten abzubauen. Zur schrittweisen Annäherung gehört der Austausch von Erkenntnissen auf den Gebieten des Sports, der Kultur, der Wissenschaften sowie der Abschluß von Handelsverträgen und die Organisation des gegenseitigen Besucherverkehrs. Das verstehe ich unter einer schrittweisen Annäherung.

Frage: Was ist Ihnen über die bisherigen Bemühungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für eine schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten bekannt?

Antwort: Mir ist bekannt, daß in der Vergangenheit von der Regierung der DDR und der SED wiederholt Vorschläge an den westdeutschen Staat ergingen. Ich denke an die Briefe des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, an die Vorschläge in den Neujahrswortungen des Staatsoberhauptes der DDR, an das 7-Punkte-Programm und an den Dialog zwischen SED und der SPD in Westdeutschland. Aber alle diese Vorschläge der DDR wurden von westdeutscher Seite abgelehnt.

Frage: Warum haben Sie trotz Kenntnis dieser Bemühungen seitens der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands diesen Punkt mit in das Parteistatut aufgenommen?

Werner Wagner

Antwort: Die Vorschläge der DDR und der SED für eine schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten waren wie ich das beurteile, zu einseitig und unannehmbar für den westdeutschen Staat. Deshalb habe ich die schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten mit als Aufgabe der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" in das Statut aufgenommen.

Frage: Welche Vorschläge seitens der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur schrittweisen Annäherung beider deutscher Staaten halten Sie für einseitig und unannehmbar?

Antwort: Die Bemühungen der DDR zur schrittweisen Annäherung enthalten nach meiner Erinnerung folgende konkreten Vorschläge:

1. die Anerkennung der DDR
2. die Anerkennung der Oder-Neiße-Friedensgrenze
3. den Verzicht auf gegenseitige Gewaltanwendung
4. den Verzicht auf Erlangung von Atomwaffen.

Konkretere Kenntnis über den Inhalt der Bemühungen der DDR zur schrittweisen Annäherung beider deutscher Staaten habe ich im Augenblick nicht.

Frage: Warum halten Sie die von Ihnen angeführten Vorschläge als für Westdeutschland unannehmbar?

Antwort: Diese von mir genannten Vorschläge der DDR-Regierung und der SED stellen gegenüber dem westdeutschen Staat nur Forderungen dar, die deshalb von vornherein als unannehmbar betrachtet werden müssen, weil die Regierung der DDR weiß, daß bei einer Annahme der Vorschläge, die westdeutsche Regierung ihre ideologische Grundkonzeption, die auf der Nichtanerkennung der DDR beruht, selbst zerstören würde. Aus diesem Grunde betrachte ich die Vorschläge als unannehmbar.

Frage: Welche Kenntnis haben Sie über die Gründe der Forderung nach Anerkennung der DDR?

Antwort: Aus Zeitungskomentaren habe ich die Kenntnis, daß die Regierung der DDR die Aufgabe des westdeutschen Alleinvertragsanspruches fordert, weil die DDR ein souveräner Staat ist und nur auf der Grundlage der Anerkennung der DDR, Verhandlungen geführt werden können. Deshalb, so glaube ich, wird in den Vorschlägen der DDR an den westdeutschen Staat die Anerkennung der DDR

Werner Wagner

als souveräner Staat gefordert.

Frage: Welche Kenntnis haben Sie über die Gründe, warum die DDR-Regierung in ihren Vorschlägen die Anerkennung der Oder-Neiße-Friedensgrenze fordert?

Antw.: Zur Zeit geht vom westdeutschen Staat durch die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Friedensgrenze eine Kriegsgefahr aus, da die westdeutschen Politiker eine Revision der Grenzen fordert, wie sie in Deutschland im Jahre 1937 bestanden. Durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Friedensgrenze würde die Kriegsgefahr eingedämmt werden, was durch die DDR damit verfolgt wird.

Frage: Welche Kenntnis haben Sie über die Gründe, wenn in den Vorschlägen von einem gegenseitigen Verzicht auf Gewaltanwendung gesprochen wird?

Antw.: Ein Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten über gegenseitigen Verzicht auf Gewaltanwendung würde einen Krieg in Europa verhindern und eine Basis für gegenseitige Verhandlungen schaffen. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Frage: Welche Kenntnis haben Sie über die Gründe, warum die DDR-Regierung den Verzicht auf Erlangung von Atomwaffen vorschlägt?

Antw.: Die Existenz von Atomwaffen in den Armeen der beiden deutschen Staaten, würde die Kriegsgefahr in Europa wesentlich erhöhen und gerade das gilt es zu verhindern, um eine Grundlage für Verhandlungen zu sichern und das deutsche Volk und die ganze Welt vor einem dritten Weltkrieg zu bewahren.

Frage: Wie stehen Sie dazu?

Antw.: Ich bejahe alle die von mir angeführten Vorschläge der DDR-Regierung, weil sie zu Recht bestehen, obwohl ich der Meinung bin, daß die ehemaligen deutschen Ostgebiete in der VR Polen, der CSSR und der Sowjetunion anektiert wurden. Um den Frieden in der Welt zu erhalten, bejahe ich aber auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Friedensgrenze. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß die SED gleich zu viel fordert und nicht bereit ist Zugeständnisse zu machen und bezeichne deshalb den Kurs der SED als starr und antiwestlich.

Frage: Warum haben Sie trotz dieser Erkenntnis den Punkt der schrittweisen Annäherung in das Parteistatut aufgenommen?

Werner Wagner

Antw.: Wie ich schon aussagte, bezeichne ich den Kurs der SED als zu starr und antiwestlich und lehne daher grundsätzlich die Politik von Partei und Regierung der DDR ab. Ich bin gegen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse, weil ich andere, eigene Vorstellungen von einem künftigen und einigen Deutschland habe. Die vorrangigste Aufgabe meiner geplanten Partei ist es, die deutschen Staaten zu vereinigen. Deshalb und der Punkt, weil ich der Meinung bin, daß der gegenwärtige Kurs der SED nicht ausreicht, um die Einheit Deutschlands herbeizuführen.

Frage: Wie soll Ihren Vorstellungen nach das künftige Deutschland aussehen?

Antw.: Nach meinen Vorstellungen, die den Bestrebungen der DDR und der Sowjetunion von einer Entwicklung Deutschlands völlig entgegenlaufen, sollte ein Deutschland mit der von mir vorgestellten Gesellschaftsform des "wahren" Sozialismus entstehen, ein Deutschland das weder wirtschaftlich noch politisch von den USA und der Sowjetunion abhängig ist. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst gelesen.  
Sein Inhalt entspricht den von mir gemachten Aussagen.  
Meine Worte sind darin richtig wiedergegeben.

Werner Wagner  
- Feldwebel -

Werner Wagner



## Ab schrift

Unterlagen des Staatlichkeitsarchivs  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1198, D-1115 Berlin

### Persönliche Niederschrift

Halle, den 19.10.1967

Ich möchte die volle Wahrheit über meine zu gründen geplante  
"Progressive Deutsche Freiheitspartei", über meine Mitarbeiter  
und Helfer niederschreiben!

Es war im Früherbst des Jahres 1965. Ich besuchte die 11. Klasse  
der Erweiterten Oberschule II Bitterfeld, die aus 10 Jungen und  
7 Mädchen bestand. Ich war zwar nur ein mit mittelmäßigen Lei-  
stungen, aber ich war in den Fächern Deutsch und Geschichte sehr  
gut. Wir erhielten unsere praktische Berufsausbildung in der  
LPG "Thomas Müntzer" Lützen. In den Tagen der praktischen Aus-  
bildung erhielten wir in Lehrlingswohnheim der LPG unsere Nacht-  
quartiere.

Geeint durch eine Idee, die zur Veränderung einiger, in der DDR  
und ganz Deutschland bestehender Verhältnisse aufrief, hielten  
E. T., W. H. und ich eine Freundschaft.

Wir tauschten unsere Gedanken über die Problematik der gespaltenen  
deutschen Nation, über die unverständliche Kulturpolitik der SED  
und über die Zukunft unseres Kontinentes aus.

In mir keimte seit frühester Jugend der Gedanke, eine eigene  
Partei zu gründen, die meine Ziele und Ideen in die Tat umzu-  
setzen vermag.

Die Freundschaft mit E. T. und W. H. bestärkte  
mich in der Ansicht, daß meine Ziele mit denen meiner Freunde  
übereinstimmen.

Wir waren uns darin einig, daß es die Aufgabe unserer Generation  
ist, die bestehenden Verhältnisse zu verbessern. Wir wollten des-  
wegen alle Kräfte der schrittweisen Verwirklichung unserer Ideen  
währen. Ich bekam die Idee, die Partei mit Hilfe meiner Freunde  
zu gründen und begann deshalb nach einem geeigneten Namen zu  
suchen. Ich zeigte den Freunden während einer Pause in der Be-  
rufsschule etwa 10 Vorschläge und wir einigten uns sofort auf

- 2 -

- 2 -

der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1198, D-1115 Berlin

den Namen "Progressive Deutsche Freiheitspartei".

Ich begann zu Hause, das Statut meiner Partei auszuarbeiten.  
Dabei diente mir das Statut der PDJ als Grundlage, denn ich  
hatte keine Kenntnisse über Aufbau und Inhalt eines Statutes.  
Bei einem Arbeitseinsatz im Herbst des Jahres 1965 trafen wir  
uns im Kulturraum des Lehrlingswohnheimes und diskutierten  
über meine Vorschläge für das Parteistatut. Roland und Wolfgang  
fanden meine Vorschläge für gut und richtig, sie gaben selbst  
noch einige Vorschläge. Ich fertigte eine Reinschrift, die hier  
vorliegt. Das endgültige Statut beinhaltete 75 % meiner Vor-  
schläge und 25 % Vorschläge meiner Freunde.

Um eine ideologische Basis zu besitzen, die jedem Mitglied eine  
klare politische Richtung geben sollte, machte ich den Vorschlag,  
die Punkte im Statut der "PDF" gründlich auszuarbeiten und  
schriftlich vorzulegen. Deshalb bekam jeder eine Anzahl von  
Punkten zugeteilt. In der vorliegenden Reinschrift sind diese  
Punkte mit Buchstaben versehen: M = M., R = R.,  
W = Werner.

Außerdem fertigte ich zu Hause ein Muster für einen Aufnahme-  
antrag zur Erlangung der Mitgliedschaft der "PDF" an. Diesen  
Aufnahmeantrag legte ich meinen Freunden vor.

Wir drei betrachteten uns als die Vorkämpfer des wahren Sozialis-  
mus und den Kern, der später zu gründen geplanten Partei.  
Die Fahne unserer Partei sollte grün sein. Diese Farbe wählte  
ich deshalb, weil sie das Symbol des Geistes und Verstandes,  
also der Intellektuellen ist.

Wir sahen die Partei theoretisch als gegründet, da wir eine  
Statut, also die ideologische Grundlage, besaßen.

Wir sahen die Partei aber praktisch nicht gegründet, da uns die  
stärke und zum Bestehen notwendige Mitgliedschaft, also jede  
technische Hilfe fehlte. Mein Freund Wolfgang HÄDRICH war und  
ist mir das unbedingte Vorbild eines progressiven Intellektuellen.  
Ich war voller Pläne und Vorstellungen über Leben und Kampf der  
"PDF". Diese Pläne scheiterten aber an:

1. der Tatsache, daß E. T. Freundschaften mit E.  
H. und G. E. unterhielt, die durch ihre Ansichten

- 3 -



(einseitige Negierung unserer Politik; starke Bejahung der Politik Westdeutschlands; unvertretbare Haltung gegenüber Kunst und Kultur; starker Drang zum Beat und seinen Begleiterscheinungen) stark getrübt wurde.

2. der Einsicht, daß es in der DDR nicht möglich ist, unsere Partei legal arbeiten zu lassen. Zu dieser Ansicht kamen wir, weil wir glaubten, daß die Staatsorgane der DDR unsere Partei nie zulassen würden.
3. der Jugend unser. Wir hatten weder Kraft noch Autorität, bei einer solchen Bewegung die führende Rolle in der Partei beizubehalten.

Ich gestehe ehrlichen Herzens, daß ich unbedingt mit W. [REDACTED] die Führung behalten wollte, denn eine bloße Mitgliedschaft war für mich zu wenig -

ich wollte der Führer sein!

gez. Werner Wagner

P.d.D.d.A.  
gelesen  
Gefreiter

Ergänzung zur persönlichen  
Niederschrift

Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1198, D-1088 Berlin

Zu den bisher von mir gemachten Angaben über die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" habe ich noch folgende Aussagen zu machen.

1. Ich war im August des Jahres 1966 im Kinderferienlager des VEB Filmfabrik Wolfen in Breesge/Rügen.

Ich spielte dort vor den jüngsten Ferienkindern mit meinen Kasperlefiguren lustige Kinderstücke und war gleichzeitig im Lagerfunk tätig. Als Freundschaftsleiter befand sich ebenfalls mein ehemaliger Klassenlehrer Manfred Otto dort. Ich mochte ihn wegen seines bescheidenen Wesens, seiner geistreichen Witze und seines hohen Wissens besonders gern. Ich bat ihn mit mir gemeinsam meinen 18. Geburtstag zu feiern. Bei einem Glase Wein unterhielten wir uns über die verschiedensten Probleme, so auch über die Politik. Ich erzählte ihm im leicht angeheiterten Zustand, daß ich eine Partei namens PDF gründen wolle. Da er Interesse verriet, welche Ziele ich außen- und innenpolitisch verfolge, erklärte ich einige Hauptaufgaben. Er erzählte mir, daß er als junger Student ebenfalls einmal solch eine Idee gehabt hätte, es muß gleich nach dem 2. Weltkrieg gewesen sein. Er sagte mir jedoch auch, daß es gefährlich wäre und wenig Zweck habe, solch eine Partei zu gründen.

Er war auch mit einigen Punkten nicht einverstanden, die ich heute nicht mehr sagen kann. Ich sagte ihm, daß es ja nur eine Idee von mir wäre und daß ich an eine Realisierung meiner Pläne gar nicht denke.

Warum ich ihm von der PDF erzählt habe, kann ich heute nicht genau sagen. Ich weiß jedoch, daß ich durch das vorangegangene Disput in einer Stimmung war, in der ich dieses mich bewegende Problem nicht verschweigen konnte. Ich hatte auch Vertrauen zu ihm, da er mich als Schüler stets durch seine Art und seine Kenntnisse begeistert hatte. Ich wußte jedoch auch, daß Manfred Otto nicht der gleichen Meinung war. Aber seine Meinung interessierte mich.

2. Im September 1966 besuchte ich den katholischen Pfarrer in Wolfen. Ich hatte eine starke innere Krise, ich konnte mich daran gewöhnen, daß es nach dem Ableben eines Menschen ein Ende des Fühlens

Denkens und Bewusstseins geben kann. Da die katholische Kirche die Unsterblichkeit der Seele propagiert, wandte ich mich an sie. Außerdem interessierte mich die politische Haltung der Katholiken; sie konnten, wenn ich meine Partei ins Leben rufen sollte, eine starke Stütze meiner Bewegung sein.

Der Pfarrer war erfreut mich zu sehen und gab mir bereitwillig Unterricht. Ich erklärte ihm meinen Entschluß katholisch zu werden so: Ich könne mit der Politik der DDR und der Bundesrepublik nicht einverstanden sein und leide an der Spaltung Deutschlands. Ich wolle mich von aller Politik zurückziehen und in der Lehre Gottes den Ausweg aus meinem seelischen Chaos suchen. Er sagte, daß er bereit sein mir die Lehre Gottes zu offenbaren. Ich erhielt den katholischen Katechismus, der als Lehrstoffquelle dienen sollte. Nach 5 Unterrichtsstunden beendete ich meine Besuche, da ich einsah, daß ich nicht an die Lehre Gottes glauben kann. Außerdem beteten mich meine Eltern, diesen Schritt rückgängig zu machen. Ich erkannte, daß ich bei einer Verwirklichung meiner Pläne Teile der katholischen Kirche gewinnen könnte, da der Pfarrer auch für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten eintrat.

3. Mich interessierten stets die Ansichten und Meinungen meiner Lehrer, da sie ja zu jenen Kräften zählten, die ich in meiner Partei vereinen wollte. Ich unterhielt mich gern mit ihnen und forschte dabei, ob man diesen oder jenen für meine Pläne gebrauchen könne. Ich wußte auch, daß keiner meiner Lehrer meine Interessen vertrat, aber ich suchte Anknüpfungspunkte, wo dieser oder jener zu gebrauchen oder zu überzeugen wäre.

Da ich aber zu jung war und viel zu wenig Erfahrung besaß, eine Bewegung mit diesen Aufgaben zu führen, gab ich die Realisierung meiner Pläne vorerst auf.

Erst in Lohmen, wo ich bei meiner Großtante zu Gast war, kam ich auf die Idee meine Pläne in Österreich zu realisieren. Da ich aber zu wenig Wissen besaß, mein politisch-ideologisches Hauptwerk "Die Macht" allein anzufertigen, wollte ich bei einigen meiner ehemaligen Lehrer Unterstützung suchen. Die Lehrer wußten davon natürlich nichts; ich wollte einen Briefwechsel mit ihnen pflegen. Ich dachte, daß folgende Lehrer durch ihre hervorragenden Kenntnisse mich unterstützen sollten:

1. Pönitzsch und Thronicke als Kunstsachverständige

2. Hofmann und Zülke als Ideologen
3. Miethig als Vertreter der Kirche
4. Otto als Experte für Jugendprobleme.

Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1199, D-1000 Berlin

Ob diese genannten Lehrer mich unterstützt hätten, kann ich nicht sagen.

4. Die Tätigkeit als Schriftsteller hätte mich nicht befriedigt; ich wollte eine entscheidende Rolle in der Politik besitzen und meine Pläne und Vorstellungen vom wahren Sozialismus verwirklichen. Meine beiden Freunde Wolfgang und Roland betrachteten die PDF nicht mit dem nötigen Ernst, ich hatte den Eindruck, daß es für sie ein Abenteuer - ein Spiel - war. Ich beklagte mich über ihren mangelhaften Fleiß und Eifer, denn ich sah nicht ein, daß nur von mir die Initiativen kommen sollten, daß ich mich allein mühen sollte, während meine Freunde eine passive Stellung einnahmen. Für mich war die PDF ein Lebenswerk und kein bloßes Abenteuer. Daran scheiterte auch mein Unternehmen, denn es fehlte der gegenseitige Ansporn, die Triebkraft unserer Partei.

Diese vier Punkte erschienen mir teilweise (P2+P3) für unwichtig und nebensächlich, während die Punkte 1+4 mir damals nicht in Gedächtnis waren. Erst durch die vielen Überlegungen in meiner Zelle fielen sie mir wieder ein. Ich habe somit alles ausgesagt, was ich über die PDF sowie meiner strafbaren Handlungen weiß.

Wehr habe ich nicht getan.

gez. Werner Wagner

F.d.R.d.A.:

Beilage  
S. 12



Halle (S.), den 8. 11. 1967

Beginn: 8.00 Uhr

Ende: 12.30 Uhr

Der Bundesbeauftragte für die  
Untersuchen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1199, D-1000 Berlin

# Vernahmungsprotokoll

des Beschuldigten

W a g n e r, Werner  
geb. am 11. 8. 1948 in Wolfen  
Beruf: Rinderschächter  
zuletzt Schüler an der Erweiterten Oberschule  
in Bitterfeld  
wohnhaft: Wolfen, Kreis Bitterfeld, Loertzingstr. 12

Frage: Sie werden heute nochmals aufgefordert,  
umfassende und wahrheitsgemäße Aussagen bezüglich der  
von Ihnen geplanten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei"  
zu machen.

Welche Personen haben Kenntnis von der von Ihnen geplanten  
Partei?

Antwort: Wie ich bereits in den vorangegangenen  
Vernahmungen aussagte, haben meine beiden Freunde T.,  
H. und H., W. konkrete Kenntnis von der von  
mir geplanten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei".  
Ausserdem besitzen der Besamungstechniker der LPG "Thomas  
Münser", K., W. und mein ehemaliger Grundschul-  
lehrer Otto, Manfred über mein Vorhaben, die "Progressive  
Deutsche Freiheitspartei" zu gründen, Kenntnis.  
Andere Personen besitzen darüber keine Kenntnis.

Frage: Wie bekam W. P. von Ihrer geplan-  
ten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" Kenntnis?

Antwort: Im Herbst 1965, der genaue Zeitpunkt  
ist mir nicht in Erinnerung, war ich, bedingt durch den

- 2 -

Werner Wagner

- 2 -

Deutsche Demokratische Republik  
Postfach 1199, D-1000 Berlin

Polytechnischen Unterricht im Kuhstall der LPG "Thomas  
Münser" in Lößnitz eingesetzt und kam dort auch mit dem  
Besamungstechniker der LPG, W. P., zusammen. In  
Beisein von T. fragte ich K., ob er die  
"Progressive Deutsche Freiheitspartei" kennt. Das tat ich  
aber nur, um mit ihm dienstestiglich ins Gespräch zu kommen.  
Ich erklärte ihm, dass ich vorhabe, diese Partei zu grün-  
den und gegenwärtig mit der Ausarbeitung des Statuts beschäf-  
tigt bin. In diesem Gespräch teilte ich W. P. das  
Ziel und die Aufgaben der "Progressiven Deutschen Frei-  
heitspartei" mit. Wodüber ich mit ihm im einzelnen sprach,  
ist mir nicht in Erinnerung, da der Zeitpunkt des Gesprächs  
schon lange zurückliegt.

Frage: Warum teilten Sie Ihr Vorhaben dem Be-  
samungstechniker der LPG "Thomas Münser" Lößnitz, W.  
P., mit?

Antwort: K. ist ein intelligenter Mensch,  
und ich wollte erfahren, wie er darüber denkt. Das Ziel  
meiner Mitteilung an W. P. bestand darin, ihm für mein  
Vorhaben die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" zu  
gründen, zu gewinnen. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Frage: Wie reagierte W. P. auf Ihre  
Mitteilungen?

Antwort: P. hörte meinen Ausführungen be-  
züglich der geplanten "Progressiven Deutschen Freiheit-  
spartei" aufmerksam zu. Er äusserte sich zu mir, dass er  
als junger Mensch einmal ebensolche Vorstellungen hatte.  
Ich weiss heute lediglich noch, dass K. sich über  
meine Erläuterungen nicht negativ äusserte. Ob er mein  
Vorhaben für richtig befand, weiss ich nicht. Da K.  
nicht von selbst sagte, dass er gern mitarbeiten möchte,  
unterliess ich es aus mir heute unbekannten Gründen, ihn  
zu fragen, ob er bereit ist, in der geplanten Partei mit-  
zuarbeiten.

Frage: Warum sagten Sie bisher nicht über P.  
aus?

- 3 -

Werner Wagner

Antwort: Ich unterliess es bisher, derartige Aussagen zu machen, um P. eine Befragung durch die Sicherheitsorgane zu ersparen.

Andere Gründe hatte ich dafür nicht.

Frage: Wie bekam Ihr ehemaliger Grundschullehrer Otto, Manfred von Ihrer geplanten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" Kenntnis?

Antwort: Im August 1966 war ich in Kinderferienlager des VEB Filmfabrik Wolfen in Preege/Rügen als Eratsgruppenleiter und traf dort mit meinem ehemaligen Grundschullehrer Otto zusammen, der dort die Funktion eines Arbeitsgemeinschaftsleiters ausübte.

Am 11. August 1966, zu meinem 18. Geburtstag, lud ich meinen ehemaligen Lehrer in eine Gaststube zu einer Flasche Wein ein. Wir unterhielten uns über beiderseitig interessierende Probleme der Politik. Auf dem Weg ins Ferienlager teilte ich meinem Lehrer mit, dass ich eine Partei gründen will. Ob ich ihm den Namen der Partei sagte, weiss ich heute nicht mehr. Ich erklärte ihm in groben Zügen, worin das Ziel und die Aufgaben meiner geplanten Partei bestehen. Was ich ihm im einzelnen erklärte, weiss ich nicht mehr.

Frage: Warum teilten Sie Ihr Vorhaben Ihrem ehemaligen Grundschullehrer aus Wolfen mit?

Antwort: Ich teilte mein Vorhaben meinem ehemaligen Lehrer mit, weil ich erfahren wollte, welche Meinung er dazu hat. Ich hatte nicht den Gedanken, ihn für mein Vorhaben zu gewinnen, sondern führe es darauf zurück, dass ich wahrscheinlich etwas angeheitert war und deshalb ein Mitteilungsbedürfnis hatte.

Mehr weiss ich darüber nicht zu sagen.

Frage: Wie reagierte Ott, Manfred auf Ihre Mitteilungen?

Antwort: Mein Lehrer hörte zunächst interessiert zu und erklärte mir dann, dass ich so etwas sein lassen sollte, weil es Unsinn ist. Daraufhin sagte ich zu ihm, dass es auch nicht ein Vorhaben von mir ist, sondern eine Idee, die ich in Erwägung gezogen hatte. Mehr ist mir darüber nicht in Erinnerung.

Werner Wagner

Frage: Warum sagten Sie bisher nicht über Otto aus?

Antwort: Dass ich meinen ehemaligen Lehrer Otto von meinem Vorhaben in Kenntnis gesetzt hatte, ist mir erst nach eingehenden Überlegungen wieder in Erinnerung gekommen. Einen anderen Grund dafür, dass ich bisher diese Aussage nicht machte, habe ich nicht.

Frage: Welche weiteren Schritte unternahmen Sie, um die Ihrer Meinung nach bereits theoretisch gegründete Partei weiter zu festigen?

Antwort: Im Dezember 1965 wollte ich wiederum zur Berufsausbildung in der LPG "Thomas Münzer" in Löberitz und musste dort zusammen mit M. S., der ebenfalls Schüler meiner Klasse war, auf dem Putterboden der LPG irgendeine mir jetzt nicht erinnerliche Arbeit verrichten. Um nicht bei der theoretischen Gründung der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" zu bleiben, war ich bestrebt, durch die Werbung von neuen Mitgliedern die Partei auch praktisch zu gründen. Deshalb führte ich mit M. S. im Dezember 1965, der genaue Zeitpunkt ist mir nicht mehr bekannt, eine Diskussion über politische Probleme. Das Ziel bestand darin zu ergründen, welche Meinung Seidel zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik hat, um ihn als Mitglied für die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" zu werben. S. vertrat aber wieder mein Erwarten einen festen Klassenstandpunkt, so dass ich davon abliess, ihn als Mitglied für die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" zu werben. Des weiteren habe ich von Oktober 1965 bis ungefähr Februar 1966 alle anderen Schüler meiner Klasse scharf beobachtet und auf irgendwelche politisch-negativen Äusserungen geachtet, um ihre Meinung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik zu ergründen. Diese politisch-negativen Äusserungen meiner Mitschüler wollte ich dazu ausnutzen, um Anknüpfungspunkte für die Werbung in die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" zu bekommen. Das gleiche machte ich mit den Lehrern an der Oberschule, denn auch diese wollte ich für meine Partei gewinnen. Allerdings habe ich ausser mit M. S.

Werner Wagner



mit keinem meiner anderen Mitschüler und Lehrer Diskussionen geführt, die zum Ziel hatten, sie als Mitglieder für die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" zu werben, weil mir für derartige Auseinandersetzungen die Anhaltspunkte fehlten.

Im Januar 1966 habe ich in meinem Zimmer meiner elterlichen Wohnung ein Schriftstück angefertigt, in dem ich die Struktur der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" niederlegte.

Frage: Wie sollte die Struktur Ihrer Partei aussehen?

Antwort: Der Führer der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" sollte die Funktion eines Generalsekretärs inne haben. Dann sollte eine Untergliederung in Sekretariate stattfinden. In Erinnerung sind mir noch folgende Sekretariate

1. Sekretariat für Wirtschaft
2. Sekretariat für Innenpolitik
3. Sekretariat für Außenpolitik
4. Sekretariat für Kultur
5. Sekretariat für Agitation und Propaganda
6. Sekretariat für Verteidigung und
7. Sekretariat für Sicherheit.

An weitere Einzelheiten erinnere ich mich nicht mehr.

Frage: Welche Personen haben darüber Kenntnis?

Antwort: Mir ist nicht in Erinnerung, ob ich dieses Schriftstück irgendeiner Person gezeigt habe. Es könnte möglich sein, aber ich kann es nicht mit Bestimmtheit sagen, dass ich dieses Schriftstück meinen beiden Freunden T., R. und H., W. gezeigt habe.

Frage: Wo bewahren Sie dieses Schriftstück auf?

Antwort: Dieses Schriftstück, auf dem ich die Struktur der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" skizzierte, bewahre ich zwischen den Zeitungen in meinem Nachtschrank auf.

Frage: Warum machten Sie in Ihren bisherigen Vernehmungen unvollständige Aussagen?

Antwort: Erst durch eingehende Überlegungen bin ich dazu gekommen, diese Aussagen zu machen, weil diese Dinge mir aus dem Gedächtnis entschwinden waren. Das war der einzige Grund, warum ich bisher derartige Aussagen unterliess.

Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst gelesen. Sein Inhalt entspricht in allen seinen Teilen den von mir gemachten Aussagen. Meine Worte sind darin richtig wiedergegeben.

P. W. Wagner

Ullrich, Felder



P. W. Wagner als Abiturient, Mai 1967  
(Privatarchiv P. W. Wagner)

Halle (S), den 24. 11. 1967  
Beginn der Vernehmung: 8.00 Uhr  
Ende der Vernehmung: 17.00 Uhr  
unterbrochen: 12.30 - 13.00 Uhr  
Br

4 Ex./ 2. Ausf.

Der Bundesbeauftragte für die  
Untersuchen des Spionageabwehrbereichs  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1198, D-1000 Berlin

### Vernehmungsprotokoll

des Beschuldigten

W a g n e r, Werner  
geb. am 11. 8. 1948 in Wolfen  
Beruf: Rindermähter  
zuletzt Schüler an der Erweiterten  
Oberschule in Bitterfeld  
wh.: Wolfen, Kreis Bitterfeld  
Lortzingstraße 12

Frage: In das von Ihnen gefertigte Parteistatut haben Sie als zweiten Punkt die Beseitigung des antifaschistischen Schutzwalles aufgenommen? Was veranlaßte Sie dazu?

Antw.: Der antifaschistische Schutzwall stellt für mich ein Hemmnis für die schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten dar. Außerdem liegt in der Existenz des antifaschistischen Schutzwalles meiner Schätzung nach die Hauptquelle für die Behinderung des innerdeutschen Reiseverkehrs. Aus diesen Gründen habe ich in das von mir gefertigte Parteistatut die Beseitigung des antifaschistischen Schutzwalles aufgenommen.

Frage: Warum betrachten Sie den antifaschistischen Schutzwall in der Hauptstadt der DDR als Hemmnis für eine schrittweise Annäherung beider deutscher Staaten?

Antw.: Die Sicherheitsmaßnahmen der Regierung der DDR vom 13. 8. 1961 waren meines Erachtens kein Schritt, um die gegenseitige Annäherung beider deutscher Staaten zu fördern, sondern im Gegenteil, durch diese Schutzmaßnahmen wurde die westdeutsche Regierung verärgert. Außerdem ist meiner Schätzung nach die Kontaktaufnahme zwischen Bürgern Westdeutschlands und der DDR ein wesentlicher Punkt, um somit zu einer schrittweisen Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten zu kommen. Diese Kontaktaufnahme

Wagner

- 2 -

Der Bundesbeauftragte für die  
Untersuchen des Spionageabwehrbereichs  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1198, D-1000 Berlin

wurde aber durch die Verhinderung oder besser gesagt wesentliche Einschränkung des innerdeutschen Reiseverkehrs infolge der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles stark behindert. Aus diesem Grunde betrachte ich den antifaschistischen Schutzwall als Hemmnis für eine schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten.

Frage: Welche Kenntnis haben Sie darüber, warum am 13. 8. 1961 der antifaschistische Schutzwall errichtet wurde?

Antw.: Wie mir aus der Presse der DDR bekannt ist, liefen im Juni 1961 Manöver der westdeutschen Bundeswehr. Man übte dabei wie die DDR militärisch überrollt werden sollte, das heißt, die DDR sollte durch militärische Gewalt an Westdeutschland angegliedert werden. Diesbenzüglich veröffentlichte das "Neue Deutschland" einige Details des Angriffsplanes der westdeutschen Bundeswehr. Außerdem war Westberlin die Zentrale aller westlichen Geheimdienste und Agentenorganisationen, die von Westberlin aus eine feindliche Tätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers betrieben. Desweiteren wurde die DDR durch die offene Grenze, durch die Überbrückung von Wissenschaftlern und Fachkräften sowie durch Umtausch der Währungen wirtschaftlich geschwächt. Aus diesen Gründen heraus, so sehe ich das, wird die Regierung der DDR die Sicherheitsmaßnahmen vom 13. 8. 1961 getroffen haben.

Frage: Warum haben Sie trotz dieser Kenntnis den Punkt "Beseitigung des antifaschistischen Schutzwalles" mit in das von Ihnen gefertigte Parteistatut aufgenommen?

Antw.: Ich sehe ein, daß die Schutzmaßnahmen der Regierung der DDR im Jahre 1961 völlig gerechtfertigt und notwendig waren, vertrete aber den Standpunkt, daß die Existenz der Sicherheitsmaßnahmen in Berlin zum gegenwärtigen Zeitpunkt überflüssig sind und die Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten behindern. Das schließe ich aus der Tatsache, weil die DDR jetzt wirtschaftlich und militärisch erstarkt ist und aus diesem Grunde keinen Angriff der westdeutschen Bundeswehr zu fürchten braucht. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Frage: Wie stehen Sie heute zu diesem Punkt Ihres Statuts?

Antw.: In der vorangegangenen Antwort habe

Wagner



ich schon erläutert, daß ich die Aufrechterhaltung der Schutzmaßnahmen der Regierung der DDR vom 13. 8. 1961 zum gegenwärtigen Zeitpunkt für ungerechtfertigt halte. Aus diesem Grunde finde ich, daß dieser Punkt meines Parteistatuts vollauf gerechtfertigt ist. Außerdem sehe ich die Schutzmaßnahmen in Berlin als eine Einschränkung meiner persönlichen Freiheit an, da ich dadurch daran gehindert bin, die westeuropäischen Länder kennenzulernen. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Frage: Was haben Sie bisher unternommen, um diesen Punkt Ihres Parteistatuts zu verwirklichen?

Antwort: Als ich mit Theis, Roland und Händrich, Wolfgang im Oktober 1965 die theoretische Gründung der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" vollzog, diskutierte ich mit meinen beiden Freunden über diesen Punkt des Statuts und beide waren wie ich der Meinung, daß dieser Punkt völlig zu Recht ins Parteistatut aufgenommen worden ist. Außerdem habe ich, wie ich schon ausagte im Oktober 1965 mit dem Besamungstechniker der LPG "Thomas Münser" in Löhreitz, Friebe, Walter, über diesen Punkt des Statuts diskutiert. Er äußerte sich zu mir, daß auch er nicht mit dem antifaschistischen Schutzwall einverstanden ist. Was er weiter zu diesem Problem sagte, ist mir nicht mehr in Erinnerung. Desweiteren habe ich auch mit dem Pfarrer der katholischen Kirche in Wolfen, dessen Name mir nicht bekannt ist, und meinem ehemaligen Klassenlehrer Otto, Manfred aus Wolfen über die Aufhebung der Schutzmaßnahmen vom 13. 8. 1961 gesprochen, um ihre Meinung zu der Politik der DDR-Regierung zu hören und sie eventuell für meine "Progressive Deutsche Freiheitspartei" als Mitglieder zu gewinnen. Mir ist noch in Erinnerung, daß der katholische Geistliche die gleiche Meinung zu diesem Punkt des Statuts hatte wie ich. Mein ehemaliger Klassenlehrer Otto ist anderer Ansicht als ich. Darum diskutierte ich nicht ausführlich mit ihm darüber, sondern lenkte das Gespräch auf ein anderes Problem. Mehr kann ich zu dieser Frage nicht sagen, da ich mich nicht mehr genau an alle Einzelheiten erinnere.

Frage: Als 3. Punkt haben Sie in Ihr Parteistatut die Erlangung der Presse- und Meinungsfreiheit aufgenommen. Was veranlaßte Sie dazu?

Antwort: Ich nahm diesen Punkt deshalb mit in das von mir gefertigte Parteistatut auf, weil ich die Meinung vertrat, daß es bei uns in der DDR keine Presse- und Meinungsfrei-

Werner Weiser

heit gibt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß alle Maßnahmen unserer Regierung von den Schriftstellern und Intellektuellen ohne jegliche Kritik hingenommen wurden. In unseren Presse- und Publikationsorganen habe ich niemals irgendwelche oppositionelle Artikel gelesen, so daß ich zu dieser Einsicht gelangte.

Frage: Wodurch kamen Sie zu der Feststellung, daß es in der DDR nicht genügend Presse- und Meinungsfreiheit gibt?

Antwort: Wie ich schon anführte, gibt es in den Presseorganen der DDR keine Opposition. Dieses Fehlen jeglicher Opposition ließ mich zu dem Schluß kommen, daß es bei uns in der DDR keine Presse- und Meinungsfreiheit gibt. Außerdem wurde in den Sendungen des Westfernsehens oft propagiert, daß es in der DDR keine Pressefreiheit gibt, so daß sich die bei mir vorhandene Einstellung diesbezüglich intensivierte. Desweiteren wurde ich dadurch von der Richtigkeit meiner Einstellung überzeugt, daß auf dem 11. Plenum der SED, obwohl ich zu diesem Zeitpunkt mein Parteistatut schon geschrieben hatte, die Schriftsteller Biermann und Heyn stark kritisiert wurden. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Frage: Welche Kenntnis haben Sie darüber, warum man auf dem 11. Plenum der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Kritik an den Werken von Biermann und Heyn übte?

Antwort: Um diese Frage zu beantworten, muß ich über die diesbezüglich propagierten Argumente der SED sprechen. Biermann schrieb unter anderem ein Chanson mit dem Titel "Der Funktionär". In diesem Chanson macht Biermann, um in der Sprache der SED zu antworten, die Funktionäre der Partei verächtlich. Außerdem wurde auf dem 11. Plenum erklärt, daß Biermann und Heyn in ihren Werken keinen Klassenstandpunkt aufweisen und unparteilich schreiben. Mehr weiß ich im Augenblick dazu nicht zu sagen.

Frage: Warum haben Sie trotz Kenntnis dieser Probleme die Forderung nach Presse- und Meinungsfreiheit in das von Ihnen gefertigte Parteistatut aufgenommen?

Antwort: Ich habe die Erlangung der Presse- und Meinungsfreiheit deshalb in das Statut aufgenommen, weil ich der Meinung bin, daß die SED den Schriftstellern keine künstlerische Freiheit gewährt und versucht, ihnen einen Klassenstandpunkt aufzuzwingen. Ich sehe die Kritik an Biermann und Heyn als unberechtigt an und glaube, daß die SED sich vor einer freien Meinungsäußerung scheut.

Werner Weiser

Frage: Wie stehen Sie heute zu diesem Punkt Ihres Statuts?

Antw.: Wie ich es schon zum Ausdruck brachte, bin ich nach wie vor davon überzeugt, daß dieser Punkt zu Recht in mein Statut aufgenommen wurde.

Frage: Was haben Sie bisher unternommen, um diesen Punkt Ihres Parteistatuts zu verwirklichen?

Antw.: Soweit ich mich erinnere, habe ich nur bei der Anfertigung des Statuts über diesen Punkt mit meinen beiden Freunden Theiß, Roland und Händrich, Wolfgang gesprochen, um ihre Meinung zu diesem Problem zu erfahren und sie in ihrer vorhandenen Einstellung zu bestärken. Mit ist heute nicht erinnerlich, ob ich auch mit anderen Personen über diesen Punkt meines Statuts gesprochen habe.

Frage: In das von Ihnen gefertigte Parteistatut haben Sie als vierten Punkt die "Einsetzung einer rechtmäßigen, von allen Bürgern frei gewählten Volksvertretung als oberstes Machtorgan Deutschlands" aufgenommen. Was veranlaßte Sie dazu?

Antw.: Ich nahm diesen Punkt mit in das von mir gefertigte Statut auf, weil ich meine, daß die Volkskammer kein von allen Bürgern frei gewähltes Organ ist, denn ich bin mit dem Wahlen in der DDR nicht einverstanden.

Frage: Warum betrachten Sie die Volkskammer der DDR nicht als eine rechtmäßige, von allen Bürgern frei gewählte Volksvertretung?

Antw.: Ich betrachte deshalb die Volkskammer der DDR nicht als eine rechtmäßige von allen Bürgern frei gewählte Volksvertretung, weil die Wahlen in der DDR undemokratisch sind. Der Bürger kann sich nicht für eine Partei entscheiden, sondern ist gezwungen, gemeinsame und bereits feststehende Kandidaten zu wählen, so daß es verhindert wird, daß auch oppositionelle Kräfte, die nicht gleich mit allen Maßnahmen der Regierung einverstanden sind, in die Volkskammer als Abgeordnete gelangen. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Frage: Welche Kenntnis haben Sie über den Charakter der Volkswahlen in der DDR?

Antw.: Mir ist bekannt, daß Betriebe und Arbeitskollektive die Kandidaten vorschlagen. Diese stellen sich in

Werner W. J. J.

Wahlerversammlungen den Wählern vor und berichten auf diesen Versammlungen von ihrem Leben und ihrer Arbeit. Die Wähler haben die Möglichkeit sie interessierende Fragen an die Kandidaten zu stellen. Nachdem die Kandidaten durch die Wähler auf den Wählerversammlungen bestätigt werden, erfolgt die Aufstellung gemeinsamer Listen, auf denen die Kandidaten zur Volkskammer stehen. So erfolgt auch die Wahl zu den Bezirks- und Kreistagen. Dann am eigentlichen Wahltag bekommt jeder Wähler diese Listen und kann in geheimer Wahl seine Stimme für oder gegen die Kandidaten der Nationalen Front abgeben. Mehr weiß ich im Augenblick nicht darüber.

Frage: Warum haben Sie trotz dieser Kenntnis diesen Punkt mit in das von Ihnen gefertigte Parteistatut aufgenommen?

Antw.: Ich betrachte die Wahlen in der DDR trotzdem als undemokratisch, weil die Wähler durch die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten gezwungen sind, sich für oder gegen die Kandidaten der Nationalen Front auszusprechen und dadurch nicht die Möglichkeit erhalten, eine Partei zu wählen. Aus diesem Grunde habe ich diesen Punkt mit in das von mir gefertigte Statut aufgenommen.

Frage: Wie stehen Sie heute zu diesem Punkt Ihres Statuts?

Antw.: Nach wie vor finde ich diesen Punkt meines Statuts als gerechtfertigt, weil die derzeitigen Wahlen in der DDR aus den von mir genannten Gründen meiner Meinung nach undemokratisch sind. Weitere Ergänzungen habe ich nicht zu machen.

Frage: Was haben Sie bisher unternommen, um diesen Punkt Ihres Statuts zu verwirklichen?

Antw.: Über diesen Punkt habe ich mit meinen beiden Freunden Theiß und Händrich sowie mit dem Besatzungstechniker Frießel diskutiert, um deren Meinung zu diesem Problem zu erforschen. Bei Frießel ging es mir darum, zu erfahren, was er darüber denkt, um ihn als Mitglied für die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" zu werben, denn ich wollte ja eine Partei der Intellektuellen schaffen. Mit anderen Personen habe ich über diesen Punkt, soweit ich mich erinnern kann, nicht gesprochen. Wie Frießel auf meine Erläuterungen zu diesem Problem reagierte, ist mir auch nicht mehr erinnerlich.

Werner W. J. J.



Frage: Als den fünften Punkt haben Sie in Ihr Statut die Absetzung aller Kräfte in der Regierung der DDR und sonstigen Ämtern aufgenommen, die nicht die Interessen des Volkes vertreten. Was veranlaßte Sie dazu?

Antw.: Ich habe laufend und auch bis zum Zeitpunkt meiner Inhaftierung soweit es mir möglich war Sendungen des westdeutschen Fernsehens verfolgt. Darunter auch politische Sendungen, deren Titel mir nicht mehr in Erinnerung sind. In diesen Sendungen wurden die Vertreter der Regierung der DDR als Sowjetunion-hörig bezeichnet und erklärt, daß diese nur das tun, was die Sowjetunion verlangt. Demzufolge würden sie die Interessen der Bürger der DDR verraten. Man nannte viele Minister der Regierung der DDR, aber in Erinnerung ist mir nur noch konkret, daß man den Staatsratsvorsitzenden der DDR als der Sowjetunion hörig bezeichnete. Aus diesem Grunde habe ich mich veranlaßt gesehen, diesen Punkt in das von mir gefertigte Statut aufzunehmen.

Frage: Wie gelangten Sie zu der Ansicht, daß es in der DDR Politiker gibt, die nicht die Interessen des Volkes vertreten?

Antw.: Wie ich schon anführte, wurde ich durch Sendungen des Westfernsehens in meiner schon vorhandenen Einstellung zu diesem Problem wesentlich bestärkt. Ich betrachte die DDR-Politik als nach der Sowjetunion ausgerichtet, wie es auch von den westdeutschen Fernsehkommentatoren propagiert wird. Diese Politik der DDR-Regierung kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß zwischen der DDR und der Sowjetunion nachteilige Handelsverträge bestehen.

Frage: Welche Handelsverträge sind für die DDR nachteilig gestaltet worden?

Antw.: Im westdeutschen Fernsehen sind diese Handelsverträge genannt worden, aber ich kann mich nicht daran erinnern, welche das sind. Ich besitze darüber keine konkrete Kenntnis.

Frage: Wie stehen Sie heute zu diesem Punkt Ihres Parteistatuts?

Antw.: Da ich selbst keine Beweise besitze, daß DDR-Politiker der Sowjetunion hörig sind und daß es für die DDR nachteilige Handelsverträge gibt, kann ich diesen Punkt meines Statuts nicht mehr als gerechtfertigt bezeichnen, da ich damit den westdeutschen Fernsehsendungen vorbehaltlos Glauben schenken würde, was nicht meinem Wesen entspricht.

*Werner Wagner*

Frage: Was haben Sie bisher unternommen, um diesen Punkt Ihres Statuts zu verwirklichen?

Antw.: Wie über jeden anderen Punkt, habe ich auch die Aufnahme dieses Punktes in das Statut eingehend mit meinen beiden Freunden Theiß und Händrich abgesprochen und diskutiert. Mir ist nicht in Erinnerung, ob ich auch mit Frießel, dem katholischen Geistlichen aus Wolfen und Otto, Manfred über diesen Punkt diskutiert habe.

Frage: In das von Ihnen gefertigte Parteistatut der sogenannten "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" haben Sie als 6. Punkt die Kündigung aller für die DDR nachteiligen Handelsverträge und Abkommen aufgenommen. Was veranlaßte Sie dazu?

Antw.: Diesen Punkt habe ich in das von mir gefertigte Statut aufgenommen, weil ich der Ansicht war, daß zwischen der Sowjetunion und der DDR für die DDR nachteilige Handelsverträge und Abkommen bestehen.

Frage: Wie gelangten Sie zu der Ansicht, daß zwischen der DDR und der Sowjetunion für die DDR nachteilige Handelsverträge und Abkommen bestehen?

Antw.: Wie ich schon aussagte, habe ich laufend Sendungen des westdeutschen Fernsehens verfolgt, wobei man besonders in den politischen Sendungen, deren Titel ich nicht mehr kenne, propagierte, daß zwischen der DDR und der Sowjetunion für die DDR nachteilige Handelsverträge und Abkommen bestehen. Aus diesem Grunde gelangte ich zu dieser Ansicht. Andere Gründe gab es dafür nicht.

Frage: Welche konkrete Kenntnis haben Sie über derartige Handelsverträge und Abkommen?

Antw.: Über derartige Handelsverträge und Abkommen besitze ich keine konkrete Kenntnis.

Frage: Wie stehen Sie heute zu diesem Punkt Ihres Statuts?

Antw.: Es trifft das gleiche zu, wie ich es bereits zum fünften Punkt meines Statuts aussagte. Dieser Punkt hat, da ich keine Beweise für ihn habe, keine Daseinsberechtigung in meinem Parteistatut.

Frage: Was haben Sie bisher unternommen, um diesen Punkt Ihres Statuts zu verwirklichen?

*Werner Wagner*

Antw.: Wie ich schon aussagte, habe ich mit meinen beiden Freunden H. [REDACTED] und T. [REDACTED] über alle Punkte des Statuts diskutiert, so auch über den sechsten Punkt. Mit Frießel und Otto habe ich nur allgemein über das Ziel der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" diskutiert und ich erinnere mich nicht, mit ihnen über diesen Punkt des Statuts gesprochen zu haben. Hätten sich aber beide, nach dem sie von meinem Vorhaben erfahren hatten, bereit erklärt, Mitglieder der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" zu werden, so hätte ich ihnen alle Punkte des Statuts im Detail erklärt. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst gelesen. Es entspricht in allen seinen Teilen den von mir gemachten Aussagen. Meine Worte sind darin richtig wiedergegeben.

*Ch. Frießel*  
- Frießel -

*Werner Wagner*  
.....



Meine Eltern und ich im Leipziger Zoo (Privatarchiv P. W. Wagner)

- Abschrift -

Halle, den 14. 11. 1967

Beginn der Vernehmung 13.30 Uhr

Ende der Vernehmung 16.30 Uhr

Expt. J. / L. R. [REDACTED]

Pei

Der Bundesbeauftragte für die  
Untersuchung der Verfassungsmäßigkeit  
der öffentlichen  
Deutsch-Demokratischen Republik  
Postfach 1109, D-1000 Berlin

### Vernehmungsprotokoll

\* des Zeugen

Familienname H. [REDACTED] Vorname [REDACTED], W. [REDACTED]

geboren am [REDACTED] in [REDACTED]

Beruf [REDACTED] zuletzt [REDACTED]

Arbeitsstelle [REDACTED]

Wohnanschrift [REDACTED]

Staatsbürgerschaft: DDR

ausgewiesen durch [REDACTED]

Der Zeuge wurde entsprechend §§ 45 - 50 der Strafprozessordnung  
über seine Aussagepflicht, sein Zeugnis- und Aussageverweigerungsrecht sowie über die strafrechtlichen  
Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen Aussage belehrt und zur Wahrheit ermahnt.

gef. W. [REDACTED] H. [REDACTED]

Frage: Ist Ihnen eine Person namens Wagner,  
Werner aus Wolfen bekannt?

Antw.: Ja, Werner WAGNER ist mir bekannt.  
Ich besuchte mit ihm zusammen von 1963 bis 1967 die Erweiterte  
Oberschule in Bitterfeld.

gef. W. [REDACTED] H. [REDACTED]

Dokument 17: Vernehmungsprotokoll des Freundes W. H.  
(BStU, Ast. Halle, AU 581/68, Band 1, Bl. 169-172)



Frage: In welchem Verhältnis stehen Sie zu dem Beschuldigten WAGNER?

Antwort: Zwischen mir und Werner bestand ein gutes Verhältnis. Seit Beginn der 9. Klasse sind wir Schulkameraden. Unser Verhältnis möchte ich als Freundschaft bezeichnen.

Frage: Hatten Sie mit WAGNER Streit oder Auseinandersetzungen anderer Art?

Antwort: Ich hatte mit meinem Freund Werner eigentlich weder Streit noch Auseinandersetzungen anderer Art. Natürlich gab es hin und wieder zwischen mir und Werner Meinungsverschiedenheiten, die aber nicht ernsthaften Charakter besaßen.

Frage: Welche Vorstellungen hat Werner WAGNER von seiner weiteren Entwicklung?

Antwort: Werner hatte die vielseitigsten und ausgefülltesten Vorstellungen von seiner weiteren Entwicklung. Sein oberster Leitsatz war, unter allen Umständen berühmt zu werden. Ich erinnere mich, daß er einmal Diplomat, dann wieder Schauspieler, Schriftsteller und auch Politiker werden wollte. Zuletzt äußerte er den Wunsch, ein Pädagogikstudium aufzunehmen, was er auch durch seine Bewerbung an die Universität Leipzig bekundete. Trotzdem ließ er nicht davon ab, nach Beendigung des Lehrerstudiums Schriftsteller zu werden. Ich glaube aber, daß er deshalb Schriftsteller werden will, weil er einen ungewöhnlichen Drang nach Macht und Größe besitzt und als Schriftsteller von allen Menschen gesehen, gelesen und bewundert werden könnte. Ich habe auch noch Kenntnis davon, daß er auf Grund seiner besonderen Eigentümlichkeit Vorstellungen von Veränderungen hat, die seiner Ansicht nach in der DDR vollzogen werden müßten.

Frage: Welche Veränderungen wollte Werner WAGNER in der DDR vollziehen?

Antwort: Mir ist bekannt, daß Werner Vorstellungen hatte, die darauf hinauslaufen, daß seiner Meinung nach in der DDR auf dem Gebiet der Kultur, auf dem Gebiet der Politik und dem damit im Zusammenhang stehenden Problem der Wehrpflicht Veränderungen herbeigeführt werden müßten.

Im einzelnen habe ich jedoch heute auch keine konkrete Kenntnis mehr darüber.

gez. W. [Redacted] H. [Redacted]

Frage: Was unternahm Werner WAGNER, um diese Veränderungen herbeizuführen?

Antwort: Das einzige, was ich darüber weiß, ist, daß Werner die Idee hatte, eine Partei mit dem Namen "Progressive Deutsche Freiheitspartei" zu gründen. Er erzählte mir während einer Unterrichtspause, ich glaube es war im Oktober 1965, von dieser Idee. Außerdem hat Roland THEISS von Werner auch die Kenntnis erhalten, daß WAGNER die Idee hat, eine Partei zu gründen. Von Werner und Roland ging eigentlich die Idee, eine Partei zu gründen, aus. Wer nun der Hauptinitiator war, ist mir nicht bekannt.

Frage: Welche Kenntnis haben Sie darüber, was von Werner WAGNER weiter unternommen wurde, um diese Partei zu gründen?

Antwort: Werner versuchte mich immer wieder davon zu überzeugen, daß ich bei seinen Vorhaben, die Partei zu gründen, mitmachen sollte. Er beteuerte mir, daß er und THEISS sich über die Partei bereits ernsthafte Gedanken gemacht hatten und forderte mich auf, es genau zu überlegen. Außerdem mußte der Besatzungstechniker der LPG "Thomas Münzer" in Löberitz von Wagners Idee Kenntnis haben, denn dieser hänselte ihn häufig und fragte Werner, wie weit er denn mit seiner Partei sei. Konkrete Kenntnis darüber, was Werner unternommen hat, um seine Idee von der Partei zu verwirklichen, habe ich nicht. Ich habe dazu lediglich zu sagen, daß Werner nicht wußte, was er wollte. Obwohl Werner sehr intelligent ist, denkt er oft wie ein Kind, was ich ihm häufig sagte und weshalb wir auch in Meinungsverschiedenheiten gerieten. Mehr kann ich über Wagners Idee von der Partei nicht sagen.

Frage: Welche Kenntnis haben Sie von strafbaren Handlungen Ihres Freundes WAGNER?

Antwort: Ungefähr Ende September 1967 habe ich erfahren, daß Werner versucht haben soll, die DDR illegal zu verlassen und deshalb in Halle in der Untersuchungshaftanstalt einsitzt. Ich kann nicht mehr genau sagen, woher ich die Kenntnis habe, denn an der Erweiterten Oberschule war dieses Gespräch im Monat September 1967 in den Munde aller Lehrer und Schüler.

gez. [Redacted] H. [Redacted]





Die Bundesbeauftragte für die  
Untersuchen des Deutschen Demokratischen  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1189, D-1000 Berlin

seits des Klassenkollektivs stand. Ich hatte den Eindruck, daß er versuchte, bei mir einen gewissen Halt zu finden, denn er brachte mir ein gewisses Vertrauen entgegen. So interessierte er sich besonders für Literatur und führte mit mir als seinem Deutschlehrer diesbezügliche Diskussionen. Ansonsten war er für mich ein Schüler wie jeder andere.

Frage: Welche Vorstellungen hatte Werner Wagner von seiner weiteren Entwicklung?

Antwort: Werners Vorstellungen von seiner weiteren Entwicklung waren für mich und auch seine Mitschüler phantastisch anmutend. Seine Ziele waren immer etwas außergewöhnlich und ließen erkennen, daß er immer nach einer Spitzenposition strebte. So hatte er Anfang der 9. Klasse den Wunsch, einmal Schauspieler, Dramaturg, Dichter oder Politiker zu werden. Für ihn kam damals überhaupt kein anderer Berufswunsch infrage. Am Ende der 11. Klasse hatte er sich zu einer realen Anschauung durchgerungen und bewarb sich an der Karl-Marx-Universität in Leipzig für ein Pädagogikstudium und wurde auch angenommen. Ich möchte versuchen, zu begründen, wie Werner überhaupt zu den von mir angeführten, in gewisser Hinsicht doch außergewöhnlichen Berufswünschen kam. Werner fand in der Klasse keinen richtigen Freund, der ihn hätte in richtige Bahnen lenken können. So hat er sich auf Grund seiner psychischen Besonderheit ein regelrechtes Phantasiehaus gebaut. Er ist ein Grübler, dem das nötige geistige Fundament fehlte. Werner besitzt ein außergewöhnliches Wissen auf dem Gebiet der Literatur und auch gewisse schriftstellerische Fähigkeiten, die er auch im Unterricht zu nutzen wußte. So fertigte er zum Beispiel politische und auch lyrische Gedichte an, die sich durchaus sehen lassen konnten. Diese Gedichte ließen seine positive Einstellung zur DDR und zum Sozialismus erkennen, wobei aber, bedingt durch seinen eigenartigen und labilen Charakter, nicht festgestellt werden konnte, ob es sich aus einer Augenblickseinstimmung heraus geschaffen wurde. Seine Gedichte wirkten

Die Bundesbeauftragte für die  
Untersuchen des Deutschen Demokratischen  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1189, D-1000 Berlin

auf die Klasse und mich überzeugend. Werners abnorme Vorstellungen von seiner weiteren Entwicklung sind meines Erachtens bedingt durch seine gewissen schauspielerischen und schriftstellerischen Fähigkeiten. Er fühlte sich auf diesen Gebieten gegenüber seinen Mitschülern weit überlegen und ist diesbezüglich sehr von sich eingenommen. So kam es auch dazu, daß er von seinen Mitschülern als Phantast und Spinner bezeichnet wurde. Werner ist durchaus in der Lage, real und klar zu denken, schaltet aber das logische Denken durch augenblickliche gefühlbetonte Stimmung aus. Das trifft besonders bei Werner auf das Gebiet der Literatur zu. Ich sprach schon von gewissen psychischen Besonderheiten, die er meines Erachtens besitzt. Werner ist sehr von sich eingenommen und hat das Bestreben, etwas Großes darzustellen, eine Spitzenposition zu erreichen und Einfluß zu gewinnen. Daraus resultieren wahrscheinlich seine ganzen Vorstellungen.

Frage: Welche Kenntnis haben Sie von strafbaren Handlungen des Werner Wagner?

Antwort: Ungefähr am 4. September 1967 erhielt ich von meinem ehemaligen Schüler W. B. die Mitteilung, daß Werner Wagner das Gebiet der DDR illegal verlassen wollte. Ich konnte mir damals nicht vorstellen, welche Gründe Werner zu einem derartigen Vorhaben veranlaßt haben können. Wenn ich jedoch alles richtig überdenke, komme ich zu der Meinung, daß Werner sich aus einer gefühlbetonten Augenblickssituation zu diesem Schritt entschlossen hatte. Wahrscheinlich sah er hier keine Möglichkeit mehr, seiner, wie er sich einbildet, Berufung als Schriftsteller nachzukommen. Ich meine, er wird die Grenze seiner abnormen Vorstellungen gesehen haben und wollte versuchen, seine Ideen in einem anderen Land in die Tat umzusetzen. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

- 4 -

Dr. Heinrich  
Deutsches Landgericht Potsdam  
Postfach 1294, D-1056 Berlin

Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst  
gelesen. Sein Inhalt entspricht den von  
mir gemachten Aussagen. Meine Worte sind  
darin richtig wiedergegeben.

gen. Meißner  
Feldwebel

gen. Otto Zülke

f. d. R. d. A.  
*Begeisterter*



Puppentheater P. W. Wagner und Vater, 1965 (Privatarchiv P. W. Wagner)

Halle (S), den 17. 11. 1967  
Beginn der Vernehmung: 9.00 Uhr  
Ende der Vernehmung: 17.00 Uhr  
unterbrochen: 12.00 - 14.00 Uhr  
Hr

Der Bundesbeauftragte für die  
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1196, D-1000 Berlin

3 Ex/ 2. Ausf.

Vernehmungsprotokoll

des Beschuldigten

W a g n e r, Werner  
geb. am 11. 8. 1948  
Beruf: Rinderauchter  
zuletzt Schüler an der Erweiterten  
Oberschule in Bitterfeld  
wh.: Wolfen/Kreis Bitterfeld  
Lortzingerstraße 12

Frage: In das von Ihnen gefertigte Partei-  
statut haben Sie als siebenden Punkt die Aufhebung der allge-  
meinen Wehrpflicht aufgenommen. Was veranlaßt Sie dazu?

Antw.: Diesen Punkt habe ich in das von mir ge-  
fertigte Statut aufgenommen, weil ich gegen die Wehrpflicht bin.  
Ich selbst bin Pazifist und betrachte die Wehrpflicht als einen  
Zwang. Außerdem vertritt ich den Standpunkt, daß man mit der Ein-  
führung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR nicht die Ver-  
teidigungskraft der Nationalen Volksarmee verstärkte, weil, so sehe  
ich das, eine Armee auf freiwilliger Basis die gewaltige Kraft der  
Überzeugung besitzt, wie es bei einer Armee bestehend aus vielen  
wehrpflichtigen Soldaten nicht der Fall ist. Desweiteren werden  
meines Erachtens für den Wehrdienst große Summen Geld ausgegeben,  
die man anderen friedlichen Zwecken aufwenden konnte. Aus diesen  
allen von mir genannten Gründen habe ich die Aufhebung der allge-  
meinen Wehrpflicht in das von mir gefertigte Parteistatut auf-  
genommen.

Frage: Welche Kenntnis besitzen Sie darüber,  
warum in der DDR im Jahre 1961 die allgemeine Wehrpflicht einge-  
führt wurde?

Antw.: Genaue Kenntnis darüber besitze ich nicht.  
Ich weiß lediglich durch die Publikationsorgane der DDR, daß sich

*Werner Wagner*

Dokument 19: BStU, Ast. Halle, AU 581/68, Band 1, Bl. 159-162



die Aggressivität des westdeutschen Militarismus gegenüber der DDR verstärkte und nehme an, daß man aus diesen Grunde in der DDR die allgemeine Wehrpflicht einführt, um die Verteidigungskraft der Armee zu erhöhen.

Frage: Warum haben Sie trotz dieser Kenntnis den Punkt "Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht" in das von Ihnen gefertigte Parteistatut aufgenommen?

Antw.: Der Hauptgrund für die Aufnahme dieses Punktes in das Statut der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" ist meine pazifistische Einstellung. Ich vertrete den Standpunkt, daß man die Gelder anderen friedlichen Zwecken zuführen sollte, anstatt sie für militärische Zwecke auszugeben. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Frage: Wie stehen Sie heute zu diesem Punkt Ihres Statuts?

Antw.: Ich komme nicht umhin zuzugeben, daß dieser Punkt wie auch alle anderen Punkte des Statuts und meine ganze Idee von der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" völliger Unsinn sind. Mir ist bekannt, daß jeder Punkt meines Statuts durch kräftige Argumente widerlegt werden kann. So zum Beispiel die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR. Ich weiß ganz genau, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich ist, an eine Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht zu denken, weil die Aggressionspolitik und Expansionspolitik der westdeutschen Politiker gerade gegenüber der DDR verstärkt wird. Das äußerte sich in dem Streben der westdeutschen Revanchepolitiker nach dem Zugang zu Atomwaffen in der Alleinvertragsanmaßung, die immer wieder propagiert wird. Diese und noch weitere Argumente entkräften die Punkte meines Parteistatuts und nach reiflichen Überlegungen bin ich zu der Einsicht gekommen, endlich die Wahrheit über mich und meine Idee von der Partei zu sagen.

Frage: Was veranlaßte Sie zu derartigen, im krassen Gegensatz zu Ihren bisherigen Vernehmungen stehenden Aussagen?

Antw.: In meinen Vernehmungen wurde ich immer wieder mit Fragen konfrontiert, in deren Beantwortung ich Kenntnis geben mußte, was ich über die Politik der DDR-Regierung weiß. Dadurch wurde ich gezwungen zuzugeben, daß die Politik der DDR eine friedliche und auf die Annäherung der beiden deutschen Staaten ausgerichtete Politik ist. Auf die Frage, wie ich heute zu dem jeweiligen Punkt

Werner Wagner

meines Parteistatuts stehe, versuchte ich mit allen Mitteln, die Aufnahme dieses Punktes im Statut zu rechtfertigen, obwohl ich wußte, daß es falsch ist, was ich getan habe. Dadurch verwickelte ich mich immer mehr in innere Widersprüche, so daß ich bald am Ver-zweifeln war. Um endlich einen Ausweg aus dieser Sackgasse zu finden, in die ich mich selbst durch meine bisherigen Aussagen brachte, habe ich immer wieder überlegt, ob ich zugebe oder nicht, daß ich bisher falsche Aussagen machte.

Frage: Warum haben Sie bisher nicht wahrheitsgemäße Aussagen gemacht?

Antw.: Während meiner Vernehmungen wurde ich befragt, welche weiteren strafbaren Handlungen ich in der Vergangenheit unternommen habe. Daraufhin sagte ich aus, daß ich die Idee hatte, eine Partei zu gründen und gab später sogar ein Protokoll, daß ich die theoretische Gründung der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" vollzogen hätte, obwohl ich schon im November oder Dezember 1965, genau ist mir der Zeitpunkt nicht mehr in Erinnerung, wußte, daß diese Idee von der Partei völliger Unsinn war und meinem Oppositionsbedürfnis entsprang. Ich jedoch tat in meinen Vernehmungen genau das Gegenteil und erhob die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" zu meinem Ideal, obwohl ich diesbezüglich ganz entgegengesetzter Meinung bin. Durch meine bisherigen lügenhaften Aussagen wollte ich erreichen, daß man mich als Held ansieht, der politisch verfolgt wird. Nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis wollte ich "den großen Mann" spielen und mich als "Märtyrer" feiern lassen. Das alles zuzugeben, hat mich lange Überlegungen und Überwindung gekostet, weil ich mich meiner bisherigen Aussagen wegen schämte.

Frage: Warum machen Sie in der heutigen Vernehmung andere lautende Aussagen?

Antw.: Ich habe lange überlegt, ob ich die Wahrheit sagen soll oder nicht. Aber ich wollte mich selbst nicht mehr belügen und mir einreden, daß ich es mit der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" ernst gemeint habe. Außerdem hatte ich Angst davor, wegen meiner Schwindelei bestraft zu werden. Aus diesen Gründen zog ich es vor, doch lieber die Wahrheit zu sagen, denn wenn ich erlitten sein will, muß ich eingestehen, daß die Idee von der Partei von meinem beiden Freunden T. und H. nicht ernst genommen wurde und ich kurz darauf selbst zu der Einsicht kam, das alles nur Unsinn und eine Spinnererei von mir ist. Ich bin mir auch im Klaren

Werner Wagner

Der Bundesbeauftragte für die  
Untersuchen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1199, D-1000 Berlin

ren darüber, daß ich wegen der falschen Aussagen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann. Aber ich will lieber dafür bestraft werden, als für meine bisherigen Aussagen, die nicht der Wahrheit entsprechen.

Frage: Mit diesen Aussagen werden auch Ihre Einlassungen bezüglich Ihres Vorhabens, das Gebiet der DDR illegal zu verlassen, gegenstandslos. Sie werden aufgefordert wahrheitsgemäss auszusagen, warum Sie das Gebiet der DDR über die CSSR nach Österreich illegal verlassen wollten?

Antw.: Der einzige und wirkliche Grund dafür, daß ich mich entschloß, die DDR illegal zu verlassen, war meine Angst vor der Verrichtung des Wehrdienstes als Soldat in der Nationalen Volksarmee. Ich wußte, daß ich im November 1967 den Dienst als Soldat aufnehmen sollte und hatte Angst davor, diesen Dienst nicht durchzustehen, weil ich sehr unsportlich und körperlich den meisten meiner Mitschüler unterlegen bin. Aus diesem Grunde entschloß ich mich die DDR nach Österreich zu verlassen, weil es dort meines Wissens keine Wehrpflicht gibt. Das ist auch der Grund dafür, daß ich nicht in Westdeutschland sondern Österreich leben wollte. Andere Gründe für mein Vorhaben gab es nicht.

Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst gelesen.  
Sein Inhalt entspricht den von mir gemachten Aussagen. Meine Worte sind darin richtig wiedergegeben.

*Werner Wagner*  
- Feldwachtel -

*Werner Wagner*  
.....

Halle, den 17. 11. 1967

Der Bundesbeauftragte für die  
Untersuchen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Postfach 1199, D-1000 Berlin

# Persönliche Niederschrift

Ich habe mich nach eingehenden Überlegungen entschlossen, die Wahrheit über die "Progressive Deutsche Freiheitspartei" auszusagen. Ich muss eingestehen, dass die Idee sowie die einzelnen Punkte der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei" grosser Unfug sind. Ich weiss selbst, dass alle Punkte mit schlagkräftigen Beweisen zu widerlegen sind.

Als ich das Statut im Oktober 1965 anfertigte, geschah dies aus Oppositionsdrang, Größenwahn und Heldenfimmel. Ich wollte ein berühmter Mann werden.

Meine beiden Freunde und später auch ich sahen ein, dass es Spinneri und grosser Quatsch ist. Deshalb haben wir auch schon im November 1965 die Parteiidee verworfen.

Als ich im August 1967 die Deutsche Demokratische Republik illegal verlassen wollte, geschah dies aus Angst vor dem Wehrdienst, den ich im November 1967 antreten sollte. Ich bin weder Pazifist noch Wehrdienstverweigerer - ich hatte aber Angst, weil ich ein sehr schlechter Sportler bin. Ausserdem bin ich körperlich unterlegen und glaubte deshalb nicht daran, den Wehrdienst durchstehen zu können.

In der Untersuchungshaft beschäftigte ich mich eingehend mit der "Progressiven Deutschen Freiheitspartei". Ich spannte mich in diese Idee und fand Gefallen daran; denn ich glaubte, wenn ich die Aussagen so machen würde, dass die Idee von dieser Partei mein Lebensziel sei, dass ich mich dann als Held fühlen könnte. Ich wollte dann, nach der Strafverbüssung, als Märtyrer, als politisch Verfolgter auftreten. Als ich aber während der Vernehmungen immer wieder mit der Politik der Deutschen Demokratischen Republik konfrontiert wurde,



sah ich selbst ein, dass ich mir damit nur schade. Ich schämte mich aber meiner Lügen und zögerte den Termin, an dem ich endlich die Wahrheit sagen wollte, immer wieder heraus. Heute habe ich endlich den Mut gefasst, den Lügenberg zu zerstören, indem ich die Wahrheit sage. Ich bin mir bewusst, dass ich das Untersuchungsorgan irregeführt habe; ich weiss, dass ich zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden kann. Ich schäme mich meiner bisherigen falschen Aussagen.



Szene aus „Harlekin und Columbine“ mit P. W. Wagner, Arbeitertheater der Filmfabrik Wolfen, 1969 (Privatarchiv P. W. Wagner)

EOS Bitterfeld

Bitterfeld, den 10. 11. 67

# Beurteilung des ehemaligen Schülers Werner W. a. d. S. S. F.

Werner Wagner, geboren am 11. 8. 48, besuchte unsere Schule von 1963 bis 1967.

In der 9. Klasse neigte Werner Wagner zum Einzelgänger und kam über den Versuch, einen Freund zu finden, nicht hinaus. Später löste er sich aus der Selbstisolierung und leistete besonders gute Arbeit bei kulturellen Veranstaltungen. In Diskussionen hätte er lebhafter sein können. Er zeigte aber stets eine klare positive Einstellung zu unserer Staat. Er erwarb während der Schulzeit die "Abzeichen für gutes Wissen" in Bronze, Silber und Gold.

Die häuslichen Verhältnisse W. Wagners sind in Ordnung. Der Vater ist Produktionsleiter in einer PGH, die Mutter ist Arbeiterin. Der Vater vor allem hielt enge Verbindung mit der Schule und auch mit der Ausbildungs- LPG in Löhritz. Der Vater war Mitglied des Klassenelternrats. 1965/66 mußte er fast ein ganzes Jahr in Tbk-Heilstätten zubringen, und da sich sein Sohn damals auch gerade in einer Leistungskrise befand, dürfte dessen Leistungsabfall in der 10. Klasse und z. T. auch noch in der 11. Klasse damit in Zusammenhang stehen. Denn der Vater wirkte gerade besonders stark auf den Sohn ein, ohne ihn allerdings in geringsten zu gängeln. Der Leistungsabfall W. Wagners in der 11. Klasse lag bei 2,9. In den Fächern Russisch, Englisch, Mathematik, Chemie und Turnen erhielt er die Note "Genügend". Bis zur Reifeprüfung steigerte er seine Leistungen, so daß er nur noch in Mathematik und Englisch ein "Genügend" auf seinen Zeugnis hatte.

In Deutsch, Geschichte und Musik erreichte er sogar "Sehr gut". Er ließ es leider in den ihm wenig interessierenden Fächern an nötigen Fleiß fehlen, den er unbedingt hätte aufbringen können; denn er besitzt eine schnelle Auffassungsgabe und bleibt mit seinen Beobachtungen nur dort oberflächlich und mit seiner Aufmerksamkeit da unkonzentriert, wo sein Interesse fehlt. Seine Unbeständigkeit zeigte sich u. a. in folgenden Beispiel: Bis zum November 1965 mußte er seines schlechten Verhaltens wegen in Russisch und Physik dreimal getadelt werden, im 2. Halbjahr 1965/66 erhielt er dann dreimal ein Lob für Einsatzbereitschaft und besondere Leistungen.

W. Wagner hat bei gegebenen Anlässen gezeigt, daß er in der Lage ist, sein Verhalten und seine Arbeit selbstkritisch einzuschätzen, und er tat es mit erfreulicher Offenheit. Er erkannte die Autorität der Lehrer an, hatte aber zu einigen erst nach mancherlei Fehlgriffen ein entsprechendes Verhältnis gefunden.

W. Wagner hatte längere Zeit unklare Vorstellungen von einem ihm ausagenden Beruf. Dann entschloß er sich- und es war sicher das Ergebnis gründlicher Überlegungen und Unterhaltungen mit Lehrern und Eltern-, Pädagogik zu studieren und Lehrer für Deutsch und Geschichte zu werden.

Anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der SED trug sich W. Wagner im Frühjahr 1966 mit dem Gedanken, Kandidat der Partei zu werden. Er wandte sich zunächst mit einem mündlichen Antrag an die SPO. Sein Antrag wurde von der SPO mit der Empfehlung zurückgestellt, seine Leistungen im Unterricht u. seine politische Aktivität zu erhöhen. Danach war eine merkliche Steigerung hinsichtlich beider Bedingungen zu erkennen. Die SPO der SED nahm deshalb W. Wagner im Frühjahr 1967 als Kandidat der Partei auf. Bei der Aufnahme gab es eine Gegenstimme des Russischlehrers. Dieser lehnte die Aufnahme wegen ungenügender Lernhaltung im Fach Russisch ab. Nachdem der SPO unserer Schule der versuchte Grenzdurchbruch W. Wagners im Sommer 1967 bekannt wurde, beschloß sie nach gründlicher Auswertung den Ausschluß W. Wagners aus den Reihen der Partei. Die jetzt zu Tage tretende Haltung W. Wagners ist eine große Enttäuschung für die SPO und alle Lehrer, die ihn aus seiner Schulzeit kannten.

*(ZGlick)*  
ehem. Klassenleiter

*(Hoffmann)*  
Direktor



Meine Eltern, 1971 (Privatarchiv P. W. Wagner)

#### Beurteilung

Herr Werner Wagner ist uns schon seit ca. 6 Jahren bekannt. Er hatte sich eine kleine Puppenbühne gebaut und damit Kinderveranstaltungen durchgeführt. Auch wir haben ihn zu den verschiedensten Veranstaltungen, wie 1. Mai, Tag des Kindes, Kinderfeste in den Wohnbezirken und in unseren Patenorten eingesetzt.

Herr Wagner hat stets allein und sämtliche Rollen selbst gespielt. Seine Stücke, die er überwiegend selbst schrieb, waren fortschrittlich und vom pädagogischen Standpunkt aus geeignet, einen positiven Einfluß auf die kleinen Zuschauer zu nehmen.

Von dieser Tätigkeit als "Alleinspieler" fand Herr Wagner den Weg zu unserer Puppenspielgruppe, in der er seit September 1966 bis Juni 1967 aktiv mitarbeitete. Während dieser Zeit hat sich diese Gruppe besonders auf die Teilnahme an den 9. Arbeiterfestspielen 1967 im Bezirk Dresden vorbereitet und waren aktive Teilnehmer in Meißen zum Ausscheid der besten Puppenspielgruppen. Durch seinen guten Einsatz, sein Talent im Puppenspiel und sein kameradschaftliches Verhalten hat er mit dazu beigetragen, daß unsere Puppenspielgruppe bei dem Leistungsvergleich der Laienpuppenspielgruppen zu den 9. Arbeiterfestspielen eine Medaille erringen konnte.

Owohl Herr Wagner die Arbeit in der Puppenspielgruppe sehr ernst nahm und im wesentlichen bemüht war ein kameradschaftliches Verhältnis zu den anderen Mitspielern der Gruppe herzustellen, ist ihm das nicht immer gelungen. Das hat unserer Meinung seine Ursache darin, daß die Gruppe aus 4 Mädchen und 1 Jungen besteht, die 4 Jahre jünger als Herr Wagner sind. Dieser Altersunterschied macht sich gerade noch in diesen Jahrgängen recht bemerkbar.

Wir können einschätzen, daß sich Herr Wagner jederzeit für die Proben und Einsätze der Puppenspielgruppe zur Verfügung stellte und stets bemüht war, sein Bestes zu geben.

Klubhaus der Werktätigen  
VERBUNDENFARM WOLFEN  
*(Signature)*

Dokument 22: Privatarchiv P. W. Wagner